

Anzahl der Ausschussmitglieder gemäß Satzung bzw. GeschO: 14

Alle Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen.	anwesend	davon für	dagegen	Beschluss-Nr.
	10	10	0	1

In der heutigen Sitzung wurde in Sachen

1) Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 10.12.2009 zum Thema „Aufsuchendes Angebot für Familien in schwierigen Lebenssituationen“

Mit der Anfrage wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie wird der Personenkreis für die aufsuchende Jugendsozialarbeit in Weiden definiert?
2. Über welche Informationsquellen (z. B. Datenbanken) wird dieser Personenkreis ermittelt?
3. Auf welchem Weg erfolgt die Kontaktaufnahme mit den so ermittelten Familien?
4. Welcher Anteil (in Prozent) der so ermittelten Personengruppe wird damit erreicht?
5. Wie hoch wird der Nutzen dieser Angebote von den aufgesuchten Familien selbst und von der städtischen Jugendarbeit eingeschätzt?
6. Welche Angebote haben sich für die angesprochenen Personen und auch für die Stadt als besonders erfolgreich herausgestellt?

Zu den gestellten Fragen wird wie folgt Stellung genommen:

Der Fragenkatalog erfolgte vor dem Hintergrund des Programms „Herzlich-Willkommen-Augsburger-Kinder“ des Amtes für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Augsburg. Dieses hat sich vom Bürgeramt umfassende Daten über alle Eltern von Neugeborenen übermitteln lassen, um diese im Rahmen von Hausbesuchen über mögliche Unterstützungsangebote zu informieren. Diese Praxis wurde vom Landesdatenschutzbeauftragten als datenschutzrechtlich unzulässig kritisiert.

Zu 1)

Die beschriebene Aufgabenstellung gehört begrifflich nicht zur „Jugendsozialarbeit“ (§ 13 SGB VIII), die sich an junge Menschen an der Schnittstelle zwischen schulischer und beruflichen Ausbildung wendet und diese beim Ausgleich sozialer Benachteiligungen und bei der Überwindung individueller Beeinträchtigungen unterstützt (z. B. Schulsozialarbeit und Jugendsozialarbeit an Schulen).

Eher handelt es sich hierbei um ein Angebot zur allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie (vgl. § 16 SGB VIII) bzw. um eine „frühe Hilfe“, die dazu dienen soll, frühzeitig und präventiv Risiken oder Gefährdungen im Aufwachsen von Kindern in Familien zu erkennen und den notwendigen Unterstützungsbedarf zu gewährleisten.

Zu 2)

Der Zugriff auf eine zentrale Datenbank (z. B. Einwohnermeldedatei) ist (s. o.) datenschutzrechtlich nicht zulässig.

Die Koordinierende Kinderschutzstelle (KoKi) des Jugendamts Weiden wird im April 2010 ihre Arbeit aufnehmen. Ein wichtiger Tätigkeitsschwerpunkt ist die Vernetzung mit Institutionen und Personen, die „mit Familien zu tun haben“ insbesondere mit Hausärzten, Frauenärzten, Kinderärzten, Geburtskliniken, Hebammen, Erziehungs-, Familien-, Schwangeren- und Drogenberatungsstellen, Kindertageseinrichtungen usw..

Durch diese Stellen, aber auch durch viele Hinweise von Dritten (u. a. Verwandte, Nachbarn, Erzieher, Lehrkräfte, Polizei) sollen benachteiligte und belastete Familien erkannt und beraten bzw. durch frühe Hilfen unterstützt werden.

Zu 3)

Die Kontaktaufnahme erfolgt i. d. R. in der häuslichen Umgebung („Gehstruktur“), in geeigneten Fällen auch durch Terminvereinbarungen im Büro.

Zu 4)

Kann noch nicht zuverlässig eingeschätzt werden, eine möglichst hohe Quote wird angestrebt.

Zu 5)

Auch hier zu liegen noch keine Erfahrungswerte vor.

Zu 6)

In den nächsten Monaten werden insbesondere durch die KoKi die Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für belastete Familien geprüft, koordiniert und ausgeweitet. Die konkreten Angebote (z. B. Elternberatung in der häuslichen Umgebung, Information durch einschlägige Broschüren wie z. B. Peter-Pelikan-Briefe o. ä.) werden nach Klärung der Finanzierbarkeit und Effektivität noch festgelegt.

Beschlussvorschlag:

Der Bericht dient zur Kenntnisnahme.

folgender Beschluss gefasst:

Der Bericht dient zur Kenntnis.

Weiden i. d. OPf., 25.03.2010

Stadtrat:

gez. Jens Meyer
Bürgermeister

Anzahl der Ausschussmitglieder gemäß Satzung bzw. GeschO: 14

Alle Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen.	anwesend	davon für	dagegen	Beschluss-Nr.
	10	10	0	2

In der heutigen Sitzung wurde in Sachen

2) Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 24.2.2010 zum Thema Sicherheit und Überwachung von Spielplatzanlagen

Es wird beantragt, zu berichten,

1. wie die Überwachung der Spielplätze für die kommende Saison geplant ist und
2. ob und für welche Spielplatzanlagen die Verwaltung Spielplatzpaten gewinnen konnte.

Hierzu wird von Seiten der Stadtgärtnerei (zu 1) und des Amtes für öffentliche Ordnung (zu 2) wie folgt Stellung genommen:

1. Die technischen Kontrollen, d.h. die Überprüfung der Spielgeräte und der Ausstattungsgegenstände der Plätze sowie auch der Einfriedungen und Pflanzen/Bäume usw. werden weiterhin durch die Stadtgärtnerei ausgeführt.
Ende März jeden Jahres findet eine Generalinspektion statt. Während der Saison (1.4. bis 31.10.) werden monatlich Kontrollen der Verkehrssicherheit durch die Spielplatzgruppe durchgeführt. Sogenannte visuelle Kontrollen werden zusätzlich durch die Gebietsverantwortlichen bei den Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen durchgeführt. (ein- bis zweimal pro Monat, je nach Turnus und Witterung). Sollten Auffälligkeiten sich abzeichnen oder gemeldet werden, werden sofort entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

Derzeit wird überlegt, ob durch die Schaffung eines Spielplatztelefons eine noch bessere Überwachung und Sicherheit auf den öffentlichen Plätzen und Anlagen gewährleistet werden kann. Konkret bedeutet dies, das in Spielplätzen Hinweistafeln mit einer bestimmten Telefonnummer angebracht werden, die bei Verunreinigungen, Gefährdungen aber auch Verbesserungsvorschlägen usw. von den Bürgerinnen und Bürgern oder auch Kindern/Jugendlichen angerufen werden kann.

2. Die Zuständigkeit für die Vereinbarung von Spielplatzpatenschaften und die Betreuung der Paten wurde mit Verfügung vom 15.7.2009 an das Amt für öffentliche Ordnung übertragen.

Paten sind keine Spielplatzaufsicht, sondern engagierte Bürger, welche die Aufgabe übernommen haben, immer wieder nach den Spielplätzen zu sehen, Schäden und Verunreinigungen zu melden und als Ansprechpartner der Benutzer zu dienen.

Bisher konnten für insgesamt vier Spielplätze in Weiden Spielplatzpaten gewonnen werden. Diese Spielplätze sind:

- Spielplatz in der Max-Reger-Anlage
- Spielplatz am Sauerdornweg
- Spielplatz am Goldbrunnen
- Spielplatz Frauenricht

Zwei Patenschaften wurden von Vereinen, zwei von engagierten Bürgern übernommen.

Die Gewinnung von Spielplatzpaten hat sich als nicht leicht herausgestellt. Durch ei-

nen öffentlichen Aufruf konnten eine Dame (die sich bereits früher um den Spielplatz neben ihrem Haus gekümmert hat) und ein Herr gewonnen werden.

Von den beiden Vereinen hat einer (ein Siedlerverein) seine eigene Anlage direkt neben dem Spielplatz und ist deshalb auch bereit, mit auf den Spielplatz zu achten. Der andere Verein konnte durch persönliche Ansprache gewonnen werden und war aus Gemeinschaftssinn bereit, die Patenschaft zu übernehmen.

Die Anfrage bei den anderen Siedlervereinen in Weiden erbrachte kein Ergebnis.

Das Amt für öffentliche Ordnung plant für das Frühjahr und damit vor der Spielplatzsaison einen erneuten Aufruf in der Presse zu starten und wäre hocherfreut, wenn sich auch aus der Berichterstattung zu dieser Sitzung eine Möglichkeit ergeben würde, weitere Spielplatzpaten zu gewinnen.

Beschlussvorschlag:

Der Bericht dient zur Kenntnisnahme.

folgender Beschluss gefasst:

Der Bericht dient zur Kenntnis.

Weiden i. d. OPf., 25.03.2010
Stadtrat:

gez. Jens Meyer
Bürgermeister

Anzahl der Ausschussmitglieder gemäß Satzung bzw. GeschO: 14

Alle Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen.	anwesend	davon für	dagegen	Beschluss-Nr.
	10	10	0	3

In der heutigen Sitzung wurde in Sachen

3) Entsendung von Ausschussmitgliedern in die Steuerungsgruppe Integrationskonzept

Im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Integrationskonzepts für die Stadt Weiden i. d. OPf. muss eine Steuerungsgruppe eingerichtet werden.

Durch den Herrn Oberbürgermeister wurde vorab entschieden, dass die Besetzung der Steuerungsgruppe zu zwei Drittel aus Mitgliedern des Ausschusses für Jugendhilfe und soziale Fragen und zu einem Drittel aus Mitgliedern des Netzwerks Integration, die im Ausschuss nicht vertreten sind, erfolgen soll. Zusätzlich soll jede Stadtratsfraktion einen Vertreter für die Steuerungsgruppe benennen dürfen.

Folgende Ausschussmitglieder werden zur Entsendung vorgeschlagen:

- „...“ (Die Initiative e.V.)
- Caritas
- BRK-Kreisverband
- AK Asyl
- „...“ (Jugendamt)
- Staatliches Schulamt
- ARGE Fördern und Fordern
- „...“ (Amt für Soziales)
- „...“ (Amt für Soziales – Integrationsbeauftragter)

In den Fällen, in denen nur eine Organisation, aber keine Person namentlich benannt wurde, wird die Organisation im Netzwerk und im Ausschuss von unterschiedlichen Personen vertreten. Deshalb ist es sinnvoll wenn die jeweilige Organisation selbst intern ihren Vertreter bestimmt und anschließend meldet.

Beschlussvorschlag:

Die im Sachstandsbericht genannten Ausschussmitglieder bzw. Organisationen werden in die Steuerungsgruppe Integration entsandt.

folgender Beschluss gefasst:

Die im Sachstandsbericht genannten Ausschussmitglieder bzw. Organisationen werden in die Steuerungsgruppe Integration entsandt.

Ausschuss für Jugendhilfe und soziale Fragen vom 25.03.2010

Weiden i. d. OPf., 25.03.2010
Stadtrat:

gez. Jens Meyer
Bürgermeister

Anzahl der Ausschussmitglieder gemäß Satzung bzw. GeschO: 14

Alle Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen.	anwesend	davon für	dagegen	Beschluss-Nr.
	10	10	0	4

In der heutigen Sitzung wurde in Sachen

4) Armutsbericht für die Stadt Weiden

Die wichtigsten Ergebnisse des Armutsberichtes wurden bereits in der letzten Sitzung ausführlich vorgestellt. Inzwischen wurde der Armutsbericht allen Mitgliedern des AJHSF in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt.

„...“ vom „...“, das die Studie erarbeitet hat, wird heute als Diskussionspartner zur Verfügung stehen.

Beschlussvorschlag:

Der Bericht dient zur Kenntnisnahme.

folgender Beschluss gefasst:

Der Bericht dient zur Kenntnis.

Weiden i. d. OPf., 25.03.2010
Stadtrat:

gez. Jens Meyer
Bürgermeister